

## **Der Umgang des Staates mit oppositionellem und widerständigem Verhalten. Die Opposition von Intellektuellen in der SED/DDR in den fünfziger Jahren (insbesondere 1953, 1956/57), ihre Unterdrückung und Ausschaltung**

1. Vorbemerkung statt einer Einleitung
2. Die Juni-Ereignisse 1953 – Anfänge kritischen Denkens bei einem Teil der DDR-Intellektuellen und ihre Reformforderungen
3. Die Opposition von Intellektuellen nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und ihre Unterdrückung und Ausschaltung
4. Ausgewählte Literaturhinweise
5. Zusammenfassung

### *1. Vorbemerkung statt einer Einleitung*

Der Austausch der Konzeptionen für die Expertisen hat ergeben, daß es eine ganze Reihe von Überschneidungen gibt. So werden historische Abläufe, die ich als Einleitung kurz behandeln wollte, u. a. in den Beiträgen von Günter Buchstab und Siegfried Suckut ausführlicher behandelt. Deshalb verzichte ich auf die vorgesehene Einleitung zugunsten des Hauptteils.

Unvermeidliche Überschneidungen wird es mit der Expertise von Wilfriede Otto geben. Dabei gehe ich davon aus, daß beide Expertisen sich auch ergänzen werden, zumal ich für die Jahre 1953–1957 durch meine Teilnahme und Verurteilung im Ost-Berliner Kreis der damaligen Opponenten um Wolfgang Harich auch Zeitzeuge bin.

Die Expertise konzentriert sich auf zwei Abschnitte, wobei der zweite den Hauptteil bildet:

1. Skizzierung der ersten größeren Ansätze oppositioneller Reformforderungen im Jahre 1953 von meist der SED angehörenden Intellektuellen, die zunächst weiter nichts wollten, als mehr Freiheit und Unabhängigkeit für ihre Arbeit.
2. Der umfangreiche zweite Abschnitt der Expertise beschäftigt sich mit der Darstellung und Dokumentation der Rebellion zahlreicher Intellektueller,

die sich vor allem innerhalb der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956/57 in der DDR entwickelt hatte. Dabei handelte es sich größtenteils um Anhänger eines demokratischen oder sozialdemokratischen Sozialismus oder um Anhänger eines sogenannten dritten Weges (was immer man damals darunter verstehen mochte), die im Gegensatz zur Politik der SED-Führung standen. Auch die Frage der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands spielte eine Rolle. Durch Verhaftungen, Schau- und Geheimprozesse wurden diese intellektuelle Opposition mundtot gemacht.

## 2. *Die Juni-Ereignisse 1953 – Anfänge kritischen Denkens bei einem Teil der DDR-Intellektuellen und ihre Reformforderungen*

Am 23. und 24. Mai 1953 erschienen im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ – noch unter der Chefredaktion von Rudolf Herrnstadt, der kurze Zeit später zusammen mit dem damaligen Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser aus der SED ausgeschlossen wurde – zur Politik gegenüber der Intelligenz zwei Artikel, in denen die folgenden Sätze zu lesen waren: „In wachsendem Umfang erreichen uns in letzter Zeit Zuschriften und Berichte aus den verschiedensten Teilen der Republik, die in ziemlich gleichlautender Weise davon Zeugnis geben, daß von staatlichen Organisationen und anderen Institutionen ernsthafte Fehler gegenüber den Vertretern der Intelligenz begangen werden. Wir halten diese Beschwerden für berechtigt, und es ist selbstverständlich, daß ein energischer Kampf zur Änderung dieser Verhältnisse geführt werden muß. Wir brauchen weniger Ungeduld in der Arbeit mit der Intelligenz und mehr kameradschaftliche Zusammenarbeit mit ihr.“

Diese selbstkritischen Äußerungen waren die Folge einer Entspannungspolitik, die von Moskau kurz nach Stalins Tod ausging. Die SED mußte sie im Mai und Juni 1953 als „Neuen Kurs“ verkünden, das heißt auf eine gemäßigtere Politik umschalten. Ulbricht tat dies nur widerwillig und provozierte mit seiner Unnachgiebigkeit bei der administrativen Erhöhung der Arbeitsnormen die Rebellion großer Teile der Arbeiterschaft, die ihren Höhepunkt am 16. Juni hatte.

Aber damals begann in den ersten Anfängen noch eine andere, nicht minder wichtige Opposition gegen die Partei- und Staatsführung der DDR, die sich seitdem permanent, mal stärker, mal schwächer, durch die Geschichte des SED-Staates zog: die Opposition eines Teiles der Intellektuellen. Die Art und Weise, wie kommunistische Führer gegen demonstrierende Arbeiter vorgegangen waren, machte mit einem Schlage die tiefe Kluft deutlich, die im SED-Staat zwischen der in ihrem Wesen humanistischen Theorie des Sozialismus und der politischen Wirklichkeit bestand. Intellektuelle, die glaub-

würdig bleiben wollten, konnten sie nicht länger ignorieren. Der Kulturbund, die Akademie der Künste und zahlreiche Einzelpersonen, darunter Wolfgang Harich, übten zum ersten Mal deutliche Kritik an der Politik der SED. Es war freilich nur ein erstes Erwachen. Den meisten unzufriedenen Geistesschaffenden ging es noch kaum um eine Änderung der SED-Politik insgesamt, anders als beispielsweise in Harichs Plattform von 1956. Die Kritik begrenzte sich damals weitgehend auf die Forderung nach freieren Arbeitsbedingungen für die Intellektuellen selbst, nicht beschränkt und eingeeengt durch Partei- und Staatsbehörden und ideologische Auflagen.

Dafür drei herausragende Beispiele:

1. Nach eingehenden Beratungen nahm das Plenum der Akademie der Künste am 30. Juni 1953 eine Reihe von Reformvorschlägen an, und übergab sie der Regierung. Das „Neue Deutschland“ veröffentlichte sie am 12. Juli.
2. Wenige Tage später, am 3. Juli, hatte der Präsidialrat des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ unter dem Vorsitz des Präsidenten, des Stalinpreisträgers Johannes R. Becher, Vorschläge für die weitere Entwicklung des Kulturlebens in der DDR gemacht, die das „Neue Deutschland“ am 8. Juli als Diskussionsgrundlage veröffentlichte.
3. Zum ersten Mal trat Wolfgang Harich am 14. Juli 1953 mit einer fundierten Kritik an der bis dahin praktizierten Kulturpolitik der SED hervor. Sie erschien nicht im „Neuen Deutschland“, sondern in der Ost-„Berliner Zeitung.“

Die Akademie der Künste forderte unter anderem:

„Die Verantwortung des Künstlers vor der Öffentlichkeit muß wieder hergestellt werden. Für den Spielplan muß der Intendant des Theaters, für Konzerte der künstlerische Veranstalter, für schriftstellerische Arbeiten der Autor und der Verleger, für Ausstellungen die aus Künstlern gebildete Jury verantwortlich sein... Die Kritik muß der Öffentlichkeit überlassen bleiben.“ Es sei notwendig, hieß es weiter, daß auf allen Gebieten der Kunst verschiedene Themen und Gestaltungsarten entwickelt werden können. Bei der Vergebung von öffentlichen Aufträgen, Denkmalentwürfen, Kunstaussstellungen usw. solle grundsätzlich die Akademie als Berater und Gutachter gehört werden. Zum DDR-Rundfunk hieß es, daß er „als ein entscheidendes Instrument der öffentlichen Meinungsbildung versagt“ habe. Die Sprache der Tageszeitungen müsse den vielfältigen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. „Eine bürokratische, schablonenhafte Sprache lähmt das Interesse der Bevölkerung an den öffentlichen Angelegenheiten. Zugleich erschwert diese Sprache die Verständigung der beiden Teile Deutschlands.“ Auch der Filmproduktion wurde vorgeworfen, ihren Themenplan immer stärker verengt zu haben. Hier müßten künstlerisch selbständige Produktionsgruppen gebildet werden. Ferner seien mehr Filme „gesamtdeutschen Gepräges“ herzustellen.

Auf einen Nenner gebracht, lautete die Forderung der Akademie der Künste, daß sich der Staat jeder administrativen Maßnahme in Fragen der künstlerischen Produktion und des Stils enthalten solle.

Die Forderungen des Kulturbundes waren denen der Akademie sehr ähnlich. Der Kulturbund trat dafür ein, „daß in allen wissenschaftlichen und künstlerischen Diskussionen die Freiheit der Meinungen gewährleistet“ sein müsse. Jede wissenschaftliche Ansicht oder künstlerische Auffassung sollte in echter Gleichberechtigung die Möglichkeit zur geistigen Auseinandersetzung bekommen. Ganz deutlich wurde gefordert: „Die administrative Einmischung staatlicher Stellen in die schöpferischen Fragen der Kunst und Literatur muß aufhören. Die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre ist gemäß der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zu sichern... Die Selbständigkeit des Lehrers im Unterricht und seine Verantwortung für den Unterricht . . . sind gegen kleinliche Angriffe und schematische Vorschriften zu schützen. Die Voraussetzung für dies alles ist die Rechtssicherheit auf der Grundlage der unantastbaren Verfassung unserer Republik.“

Wie die Akademie der Künste forderte auch der Kulturbund eine tiefgehende Umgestaltung des Inhalts und der Sprache der Tageszeitungen und Rundfunks. „Presse und Rundfunk sollen künftig für die wirklichkeitstreue Information der Bevölkerung in einer lebendigen und verständlichen Sprache sorgen, keine Schönfärberei dulden und Mängel in einer offenen demokratischen Weise besprechen. Die Verantwortlichkeit der Journalisten muß wieder hergestellt und das Recht auf Berichtigung von Irrtümern zugestanden werden.“

Schließlich hieß es, der Kulturbund wolle darauf achten, daß alle kulturellen Maßnahmen in der DDR „stets von dem Gesichtspunkt getragen werden, der Einheit Deutschlands förderlich zu sein (vollständiger Text in „Neues Deutschland“ vom 8.7.1953).

Wenige Tage später erschien im „Neuen Deutschland“ ein Diskussionsbeitrag, der kritisierte, daß die Vorschläge des Kulturbundes und der Akademie der Künste „die Verbindung mit der Arbeiterklasse überhaupt nicht erwähnen.“ (15.7.1953)

Am 19. Juli veröffentlichte „Neues Deutschland“ einen Artikel des „Partei-philosophen“ Walter Besenbruch, der den Intellektuellen „Opportunismus“ vorwarf. Sie würden die führende Rolle der Partei und des Staates faktisch liquidieren. Wörtlich schrieb Besenbruch dann: „Solche liquidatorischen Tendenzen sind es, wenn die Deutsche Akademie der Künste, die selber ein staatliches Organ ist, das vom Staate finanziert und dessen Mitglieder von der Regierung ernannt werden, verlangt, der Staat solle auf die Lebensfragen der Kunst, d. h. des ideologischen Überbaus, keinen Einfluß nehmen und sich auf die Rolle des Nachtwächters beschränken.“ Schließlich drohte Besenbruch: „Will sich die Akademie der Künste als staatliche Institution selbst auflösen?“

Unter den Einzelpersonlichkeiten erregte besonders Wolfgang Harich mit seinem Artikel in der Ost-„Berliner Zeitung“ vom 14. Juli unter den Parteidogmatikern Aufsehen. Unter dem Titel „Es geht um den Realismus“ forderte er, daß im Rahmen des „Neuen Kurses“ auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik Maßnahmen ergriffen werden müssen, die geeignet seien, eine freiheitliche Atmosphäre herzustellen und ernste Mißstände zu beseitigen. Der Erfolg hänge dann davon ab, daß die führenden Politiker und Funktionäre es ehrlich meinen und aus ihren Erfahrungen zu lernen gewillt sind. Harich übte dann konkrete Kritik an den leitenden Funktionären der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten und warf ihnen erschreckenden Dilettantismus sowie „Hochmut, Ignoranz, Sektierertum, Mangel an Feingefühl und Bürokratismus“ vor.

In dem oben erwähnten Artikel von Besenbruch spricht dieser von einer „ungeheuerlichen Unterstellung“ Harichs, daß es Parteiführung und Regierung der SED/DDR nicht ehrlich meinen könnten, und behauptet: „Harichs Kritik ist eine Kritik, die alle errungenen Erfolge liquidieren würde.“

An der Humboldt-Universität fand etwa zur gleichen Zeit ein Parteiverfahren gegen Harich statt. Vor versammelten Studenten und Dozenten wurde er wegen Disziplinbruchs und ideologischer Abweichungen mit Vorwürfen überschüttet. Harich erhielt eine strenge Rüge. Das Zuchthaus ließ noch etwas auf sich warten.

Zum Juni-Aufstand äußerten sich nur wenige Schriftsteller. Bert Brecht und Erwin Strittmatter (SED) übten vorsichtige Kritik an der Ulbrichtschen Sprachregelung, nach der die Arbeitererhebung als Werk „westlicher Agenten“ bezeichnet wurde. Einen ungewöhnlich kritischen Artikel schrieb der Schriftsteller Günther Cwojdrak in der DDR-Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“ unter dem Titel „Schreibt die Wahrheit!“ Darin stellte er fest: „Wenn wir aus den Ereignissen des 17. Juni nichts lernen, werden wir überhaupt nichts mehr lernen... Wenn ein Schriftsteller merkt, daß die Stimme des Volkes und die Stimme der Regierung . . . nicht mehr übereinstimmen, dann darf er einfach nicht schweigen.“ Man dürfe sich zukünftig unter keinen Umständen mehr eine „administrative Regelung“ der Literatur gefallen und diese zum „Lautsprecher für Tagesparolen“ degradieren lassen. „Wir wünschen keine Spruchbänder mehr, sondern Argumente.“ (Neue Deutsche Literatur, Nr. 8/1953)

Das Gegenbeispiel lieferte der Sekretär des Schriftstellerverbandes Kurt Barthel (genannt Kuba, von einigen Zeitgenossen auch „neuer Horst Wessel“). Kuba war u. a. Mitglied des ZK der SED, des Zentralrates der FDJ, Mitglied der Akademie der Künste und Nationalpreisträger. Schon am 20. Juni schrieb er unter dem Titel „Wie ich mich schäme“ als „Arbeiterdichter“ über die Arbeiter im „Neuen Deutschland“: „Maurer – Maler – Zimmerleute. *Sonnengebräunte Gesichter unter weißleinenen Mützen, muskulöse Arme, Nacken – gut durchwachsen, nicht schlecht habt ihr euch in eurer Republik*

*ernährt, man konnte es sehen. Vierschrötig kamt ihr daher... Als wenn man mit der flachen Hand ein wenig Staub vom Jackett putzt, fegte die Sowjetarmee die Stadt rein. Zum Kämpfen hat man nur Lust, wenn man Ursache dazu hat, und solche hattet ihr nicht. Eure schlechten Freunde, das Gesindel von drüben, strich auf silbernen Fahrrädern durch die Stadt wie Schwälbchen vor dem Regen. Dann wurden sie weggefangen.*

*Ihr aber dürft wie gute Kinder um neun Uhr abends schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee und die Kameraden der Deutschen Volkspolizei.*

*Schämt ihr euch so, wie ich mich schäme?*

*Da werdet ihr sehr viel und sehr gut mauern und künftig sehr klug handeln müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird.“ (hier gekürzt wiedergegeben)*

Im Nachlaß von Bert Brecht fand sich eine Antwort an Kuba:

*„Nach dem Aufstand des 17. Juni  
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes  
In der Stalinallee Flugblätter verteilen,  
Auf denen zu lesen war, daß das Volk  
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe  
Und es nur durch doppelte Arbeit  
Zurückerobern könne. Wäre es da  
Nicht einfacher, die Regierung  
Löste das Volk auf und  
Wählte ein anderes?“*

(zit. nach Jürgen Rühle, „Die Schriftsteller und der Kommunismus“, Köln 1960, S. 298)

Martin Jänicke hält es für bemerkenswert, daß die intellektuellen Forderungen von 1953, die zur damaligen Zeit im gesamten Ostblock nicht ihresgleichen gefunden hätten und auch im Vergleich zur weiteren Entwicklung der DDR ein außergewöhnliches Ereignis darstellten, von der SED-Führung nur sehr zurückhaltend kritisiert wurden. Während der Justizminister Max Fechner wegen seiner Berufung auf die Verfassung in Fragen des Streikrechts abgesetzt und verhaftet worden war, erklärte Ulbricht auf dem 15. ZK-Plenum Ende Juli 1953, der „größte Teil“ der Kulturbund-Forderungen ließe sich verwirklichen. Jänicke meint:

*„Vermutlich maß der SED-Chef dem Programm des Kulturbundes – verglichen mit der Opposition in den Betrieben und innerhalb der Partei – geringere Bedeutung bei. Angesichts der Zurückhaltung der Intellektuellen während des Juni-Aufstands glaubte man möglicherweise, sich eine solche wohlwollende Behandlung dieser an Zahl geringen Bevölkerungsgruppe leisten zu können.*

Auch gesamtdeutsche Erwägungen dürften hier eine Rolle gespielt haben.“ (Martin Jänicke, „Der Dritte Weg“, Köln 1964, S. 54)

Schon ein Jahr später hatte sich die Situation der Intellektuellen wieder spürbar verschlechtert. Das zeigte sich beispielsweise darin, daß die kritische Rede des berühmten parteilosen Romanciers Arnold Zweig, die er auf dem 4. Bundestag des Kulturbundes 1954 in Dresden gehalten hatte, nicht veröffentlicht werden durfte. Der verantwortliche Redakteur des „Sächsischen Tageblattes“, der es als einziger wagte, diese Rede dennoch zu publizieren, wurde vom Staatssicherheitsdienst verfolgt und floh in den Westen. Arnold Zweig hatte in seiner Rede u. a. gesagt:

„Wir müssen meiner Meinung nach darauf Wert legen, daß wir als Kulturbund unser kostbarstes Gut, die jungen Menschen, überhaupt unsere Menschen, vor den Beschädigungen des gesellschaftlichen Apparates schützen. Es ist nicht so, daß sich nur unsere Sprache in Kauderwelsch verwandelt oder zu verwandeln droht. Es ist sogar so, daß viele Begriffe nicht mehr da sind, die unsereinem, als wir aufwuchsen, selbstverständlich waren, z. B. der Begriff der Muße, daß ein Mensch spazieren gehen muß, um Gedanken zu fassen, daß ein Mensch imstande sein muß, sich einzuschließen oder isoliert auf eine Bank zu setzen und etwas zu lesen, ohne daß er gefragt wird, ob das in Übereinstimmung mit irgendeiner Verpflichtung geschieht, die in die Grundlagen der DDR eingegangen ist ...

Es muß also, glaube ich, von uns als Kulturbund eine Warnung ausgesprochen werden vor der zu großen Inanspruchnahme des einzelnen und vor dem Ausradieren der Freiheit, der Muße im Zusammenleben unserer Landsleute...

Humanismus und stramme Organisation haben sich immer widersprochen. Selbst die Jesuiten, welche uns eine sehr große geistige Potenz hinterlassen haben, waren in ihrer Organisation nicht so angespannt wie wir im Aufbau der DDR...“ (zit. nach Jürgen Rühle, a.a.O. S. 273).

Erst 1956/57 gab es wieder eine öffentlich sichtbare intellektuelle Opposition. Sie war viel breiter als 1953 und viel grundsätzlicher. Deshalb wurde sie auch mit radikalen Methoden bekämpft und ausgeschaltet.

### 3. *Die Opposition von Intellektuellen nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und ihre Unterdrückung und Ausschaltung*

Im Gegensatz zu der spontanen Rebellion der Arbeiterschaft im Juni 1953 wurde die intellektuelle Opposition 1956/57 in erster Linie durch die Kritik des damaligen Sowjetführers Nikita Chruschtschow an den Herrschaftsmethoden Stalins und seiner Ära ausgelöst. Dabei war die Mehrheit der Geistes- und Kulturschaffenden Mitglied der SED bzw. anderer politischer und gesellschaftlicher Organisationen in der DDR. Viele Intellektuelle waren Anhänger

eines demokratischen Sozialismus (was immer man damals darunter verstand) oder tendierten dazu und standen in Opposition zu der von Walter Ulbricht praktizierten stalinistischen Politik der Partei- und Staatsführung. Eine ganze Reihe dieser Intellektuellen, wie beispielsweise Wolfgang Harich, vertrat die staatliche Einheit Deutschlands und war Gegner jeder weiteren Vertiefung der deutschen Spaltung. Wie schon im ersten Abschnitt erwähnt, sind allerdings die Juni-Ereignisse 1953 bereits ein starker Auslöser für kritisches und oppositionelles Denken bei verschiedenen intellektuellen Berufsgruppen gewesen.

Natürlich gab es schon lange eine aufgestaute Opposition in allen Bevölkerungsschichten gegen die Politik der stalintreuen SED-Führung. Aber die Rebellion der Intellektuellen, in Polen und Ungarn auch der Volksmassen, war 1956 das unmittelbare Ergebnis des Moskauer Parteikongresses. Ich sprach einige Tage vor dem Kongreß mit führenden Mitarbeitern des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. „Es wird große Überraschungen geben, grundsätzliche Veränderungen stehen bevor. Es kann ja so auch so nicht weitergehen.“ Das sagten sonst linientreue Parteiideologen. Ihre Prognose leiteten sie aus Moskauer Publikationen ab, die bereits den Boden für die Linie des XX. Parteitags vorbereiteten. Doch als ich und viele andere dann in der DDR-Presse auf die entscheidenden Nachrichten aus der Sowjetunion warteten, geschah es zum erstenmal, daß wir uns über wichtige Ereignisse in Moskau durch die Presse der Bundesrepublik und des westlichen Auslandes informieren mußten. In der Presse der DDR wurden nur die allgemeinen Ausführungen Chruschtschows und anderer Sprecher veröffentlicht, aber die Kritik Chruschtschows an terroristischen Entartungen der Politik Stalins wurde uns nur über westliche Zeitungen und Rundfunksendungen bekannt. Dann aber setzte schlagartig eine bis dahin im Staat Ulbrichts unbekannte Diskussionsfreudigkeit ein. Wolfgang Harich berichtet in seinem Buch „Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ (Berlin 1993, S. 46 ff.), daß die konzentriertesten Diskussionen im Haus des Aufbau-Verlages stattgefunden hätten, und dies sei kein Zufall gewesen. Harich berichtet:

„Das Haus beherbergte die Redaktion derjenigen DDR-Zeitung, die sich bei der Problematisierung stalinistischer Altlast am weitesten vorwagte, die des 'Sonntag'. Es wurde vielfach aufgesucht von aufgewühlten, verunsicherten kommunistischen Schriftstellern, die mit den eigenen Illusionen abrechneten, vor offenen Fragen standen, nach neuen Wegen suchten. Linke Verleger, Lektoren, Literaturwissenschaftler, Kritiker aus dem Ausland kamen zu Besuch und fachten mit Berichten über Vorgänge in ihren Heimatländern die Stimmung an. Unter den Autoren des Buchverlages zeigten die drei für die Gegenwart bedeutendsten geistigen Matadore des Kommunismus, Lukács, Bloch und Brecht, an deren Differenzen man gewöhnt war, sich, unabhängig voneinander, plötzlich einig in der Erkenntnis, daß die Bewegung, der sie seit langem verschworen waren, der sie immer ihr Bestes gegeben hatten, bei

Strafe des Untergangs von Grund auf erneuert werden müsse. Und im nahen Kulturbundclub, zu dessen Mitgliedern die Verlagsmitarbeiter gehobener Position zählten, begannen, mit Rückendeckung Bechers, auf Initiative des Lyrikers Kahlau und des Tucholsky-Herausgebers Raddatz an den Abenden jedes Donnerstags junge Intellektuelle zum Debattieren zusammenzutreffen, die keinen Hehl daraus machten, dem Forum der ungarischen Opposition, dem Petöfi-Club in Budapest, nachzueifern. Die erregten Auseinandersetzungen im Verlag spielten sich besonders im Arbeitszimmer seines Leiters Janka, im Lektorat des Buchverlages, in den Redaktionsräumen des 'Sonntag' sowie in der Kantine des Hauses ab. Sie spitzten sich dermaßen zu, daß oppositioneller Geist in der gemeinsamen SED-Grundorganisation vorherrschend wurde.“

Nach Harich wurde der Parteiführung unter Walter Ulbricht vorgeworfen, Schönfärberei zu betreiben und, wie schon nach dem 17. Juni 1953, davor zurückschrecken, begangene Fehler und Verbrechen schonungslos aufzudecken und entsprechende Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Verlogen sei das Zentralorgan der Partei „Neues Deutschland“, ebenso der Rundfunk, weshalb in der DDR denkenden Menschen gar nichts anderes übrigbleibe, als sich aus westlichen Medien zu informieren. Dringend erforderlich sei der Sturz des Erzstalinisten Ulbricht, desgleichen die Ablösung stark belasteter Regierungsmitglieder wie namentlich der Justizministerin Hilde Benjamin und des Generalstaatsanwalts Melsheimer. Notwendig sei eine grundlegende Änderung des vom Stalinismus geprägten Systems der DDR. Die damaligen Kritiker glaubten aber überwiegend noch fest daran, „sich eine grundsätzlich sozialistische Einstellung bewahrt zu haben.“ (Harich) Rückblickend betrachtet, ähnelte ihre Position einem Teil der späteren DDR-Opposition in der Periode Gorbatschows. Harich weist aber auch auf einen gravierenden Unterschied hin. Er betrifft die nationale Frage. Er schreibt: „Befürworter einer Reform à la Glasnost und Perestroika in der späten DDR haben, weil sie den Sozialismus als solchen bejahten und infolgedessen dem Regime Erich Honeckers, das die deutsche Zweistaatlichkeit als endgültig und unwiderruflich proklamiert hatte, im Grunde genommen loyal gegenübergestanden, es nie gewagt, die nationale Wiedervereinigung anzustreben... Ganz anders die Parteirebellen von 1956 ... Der Gedanke an eine zu verbessernde DDR, die, als sozialistische Alternative zur BRD, auf Dauer aufrechterhalten zu werden verdiene, lag ihnen völlig fern... Und deswegen waren diese frühen Opponenten, so sehr am XX. Parteitag der KPdSU die Stalinkritik Chruschtschows sie unmittelbar am meisten bewegte, gleichwohl aufgeschlossen für Versuche, aus anderweitigen Prämissen, die in den Moskauer Parteitagbeschlüssen ebenfalls enthalten sein mochten, Schlußfolgerungen für einen eigenen gestaltenden Eingriff in den – herbeigesehten – Prozeß der Wiedervereinigung abzuleiten.“

Die Oppositionsbewegung Mitte der fünfziger Jahre war breiter als vielfach angenommen wurde. Martin Jänicke hat schon 1964 die ganze Breite der

damaligen antistalinistischen Opposition gegen Ulbricht seit 1953 dargestellt („Der Dritte Weg“, Köln 1964). Jänicke stellte unter anderem die oppositionellen Strömungen in den verschiedenen Wissenschaftsbereichen dar, so bei den Wirtschaftswissenschaftlern, in der Agrarwissenschaft, im Rechtswesen, in der Philosophie, in den Gesellschafts- und Naturwissenschaften, in der Publizistik und in der Studentenschaft, um nur einige Bereiche zu nennen. Jänickes Buch ist für das Verständnis der DDR-Opposition der fünfziger Jahre unentbehrlich. Hier nur einige Beispiele: In der Wirtschaftswissenschaft waren es vor allem Prof. Fritz Behrens (SED) und Arne Benary (SED), die weitgehende revisionistische Auffassungen gegen den „stalinistischen Planungs Leviathan“ (Jänicke) entwickelten. Behrens hatte als Leiter des Staatlichen Zentralamtes für Statistik einen genauen Überblick über die desolate Wirtschaftslage in der DDR, und auch eine Reihe von Fachbesuchen in der Bundesrepublik blieben auf ihn – ebenso wie auf Benary – nicht ohne Wirkung.

Jänicke berichtet unter anderem: „Im Juli 1956 hatten Behrens und Benary ihre Konzeption druckfertig abgeschlossen. Kurz vor ihrer Veröffentlichung (Anfang 1957) wurde sie jedoch im Zuge der Restalinisierung wieder eingestampft. Unter den Wirtschaftswissenschaftlern rief diese Maßnahme starke Empörung hervor. Behrens weigerte sich, seine Arbeit zurückzuziehen. Als Ulbricht auf dem 30. ZK-Plenum die Konzeption der beiden Theoretiker verurteilte, ohne daß sie den Mitgliedern des Zentralkomitees bekannt war, verlangte sogar das ZK ihre Publikation. Auf diese Weise wurde die umfassendste, fundierteste und für den totalen Herrschaftsanspruch des Regimes gefährliche revisionistische Theorie zu einer Zeit veröffentlicht, als die antirevisionistische Kampagne bereits im vollen Gange war.“ (Jänicke, a.a.O., S. 105) Die Arbeiten der beiden Wissenschaftler erschienen in der dritten Sondernummer der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft“ in Ost-Berlin 1957 unter der Überschrift „Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode.“ Von unterschiedlichen Akzenten abgesehen, kritisierten beide Autoren in erster Linie die Allmacht des bürokratisch-zentralistischen Staates in der Wirtschaft. Darauf kann hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Bemerkenswert an beiden Arbeiten war aber die Schärfe und Grundsätzlichkeit ihrer Kritik. So schrieb Behrens: „Die Auffassung, daß der Staat alles könne und daß jede, auch die privateste Angelegenheit staatlich geleitet und kontrolliert werden müsse, ist nicht sozialistisch, sondern 'preußisch',... Sozialismus verlangt Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Werktätigen, weil die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ihre Ergänzung durch die Vergesellschaftung der Verwaltung erfordert.“ (Jänicke, S. 105/106)

Benary betonte besonders die Bedeutung des Wertgesetzes und warnte vor dessen Ignorierung, als er schrieb:

„Wenn der Staat alles könnte, dann könnte er natürlich auch die Wertgesetze ersetzen. Da der Staat nicht alles kann und da er besonders an die Stelle

ökonomischer Gesetze nicht juristische Gesetze – auch nicht in Form von Preisveränderungen – setzen, da er ökonomische Prozesse nicht durch Verordnungen und Anweisungen ersetzen kann, kann er auch das Wertgesetz nicht ersetzen.“ (Jänicke, S. 107). Benary war Anfang 1958 als Leiter der Abteilung „Sozialistische Wirtschaft“ des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften abgelöst und zur „Bewährung“ in das Kabelwerk Oberspree versetzt worden. Prof. Behrens hatte bereits 1957 die Leitung des Zentralamtes für Statistik aufgeben müssen. Durch Bernhard Steinberger, der ein Mitarbeiter von Behrens war, sind dessen Auffassungen auch in die Harich-Gruppe eingegangen.

In der Philosophie war oppositionelles Denken engstens mit dem Denken von Georg Lukács und Ernst Bloch verbunden. Lukács lehrte zwar in Ungarn, beeinflusste jedoch die Intellektuellen in der DDR auf vielfältige Weise. Besonders durch die Aktivitäten von Wolfgang Harich wurde der größte Teil seiner Arbeiten in der DDR publiziert. In der wesentlich von Harich gemachten „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ erschienen schon seit 1954 Aufsätze von Lukács mit unverkennbar undogmatischen, „revisionistischen“ Tendenzen. Im Laufe des Jahres 1956 entwickelte er eine lebhaft politische Aktivität, die ihn auf dem Höhepunkt der ungarischen Revolution zum Minister im Kabinett von Imre Nagy werden ließ.

Ernst Bloch begriff sich durchaus als Marxist, aber er interpretierte Marx so undogmatisch, wie dieser sich selbst verstand. In seinen Vorlesungen an der Leipziger Universität, die 1956 ständig überfüllt waren, erklärte er: „Grenzen zeitlicher und regionaler Art sind im Marxismus durchaus zu sehen. Der echte Marxist verschließt nicht die Augen vor den auch bei Marx vorhandenen gesellschaftlichen Schranken. Heute gibt es marxistische Zechpreller, Marx ist ihnen eine Art Christus, sein Wort heilig. Sie zechen auf Christi Kreide. Aber auch das Beste kann abgedroschen werden. Der Marxismus ist, recht verstanden, per definitionem Erneuerung.“ (SBZ-Archiv, Nr. 9/1958, S. 132) Von historischer Bedeutung für den gesamten Ostblock war Blochs Hauptreferat auf der von ihm geleiteten sogenannten Freiheitskonferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften im Frühjahr 1956. Hier appellierte er – unter den Zuhörern waren auch namhafte osteuropäische Philosophen wie der Pole Leszek Kolakowski – „im nächsten Schritt mögliche Freiheit zu gewinnen“, und stellte fest, daß es „in den sozialistischen Ländern einige der bereits gewonnenen bürgerlichen Freiheiten nicht mehr oder noch nicht wieder“ gebe. Bloch schloß mit den Sätzen:

„Freiheit wie Wahrheit sind Heimatbegriffe... Die Praxis der Wahrheit ist der Sozialismus der Freiheit, die Theorie der Freiheit ist der Marxismus der Wahrheit. Je breiter das endlich begriffen und erfahren wird, je unvermeidlicher die Decke über den Augen verschwindet, desto freundlicher kann sich die immense Freundlichkeit des Marxismus durchsetzen; desto eher wird Tag.“

(Ernst Bloch: „Freiheit, ihre Schichtung und ihr Verhältnis zur Wahrheit“, in: „Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus.“ Protokoll der Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 8. bis 10. März 1956, Akademie Verlag 1956. Unmittelbar nach der Auslieferung an den Buchhandel im Spätherbst 1956 wurde dieses Protokoll beschlagnahmt.)

Zu den bekannten Vertretern unter den oppositionellen Denkern in der SED/DDR gehörte Prof. Robert Havemann, der 1964 seine Professur an der Humboldt-Universität zu Berlin verlor, weil er in einer Vorlesungsreihe 1963/64 über „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ in der DDR Demokratie forderte.

So sagte Havemann vor seinen Studenten: „Was notwendig ist, was zum Sozialismus als Lebensbedingung dazu gehört und was in der Periode des Stalinismus verloren gegangen war, das ist die Demokratie. Sozialismus ist ohne Demokratie nicht zu realisieren ... Menschen kann man viel befehlen und vorschreiben, aber man kann ihnen nicht vorschreiben, was sie denken sollen. Das Denken des Menschen ist das einzige, das sich wirklich und vollständig jeder Art von Befehl entzieht. Auf das Denken kann man nur einwirken, wenn man selbst bereit ist, seinen Standpunkt jederzeit der Kritik auszusetzen, wenn man jederzeit bereit ist, sachlich zu argumentieren und auch jedes sachliche Argument anzuerkennen. Größte Geduld gegenüber Andersdenkenden, Sachlichkeit in der politischen Argumentation und die Bereitschaft, auch eigene Fehler zu erkennen und einzugestehen, sind Grundvoraussetzungen aller politischer Arbeit im Sozialismus, denn ohne die freiwillige Bereitschaft der Massen können wir wenig erreichen.“ (Robert Havemann, „Dialektik ohne Dogma?“, Reinbek 1964, S. 155/156).

Hervorzuheben ist, daß bei den oppositionellen Bestrebungen 1956/1957 ein Schwerpunkt in den gesellschaftswissenschaftlichen und philosophischen Instituten der Universitäten lag, die ja gerade beauftragt waren, den Studenten die offizielle Parteiideologie zu vermitteln. Ausführliches Material dazu findet sich bei Karl Wilhelm Fricke, bei Hermann Weber und Martin Jänicke (Titelangaben im Literaturverzeichnis).

Die scharfen Gegenmaßnahmen der Ulbricht-Gruppe in Form von Berufsverboten, Verhaftungen und Schauprozessen machten deutlich, welche Gefahr sie dieser „Zersetzung“ der ideologischen Hochburgen des Systems beimaß.

Den Auftakt zur großen Verfolgungswelle bildeten die zwei Schauprozesse gegen Wolfgang Harich und Walter Janka.

Vom 7. bis 9. März 1957 fand vor dem Obersten Gericht der DDR der Prozeß gegen Wolfgang Harich, Professor für Philosophie an der Humboldt-Universität, Lektor im Ost-Berliner Aufbau Verlag und führender Herausgeber der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, gegen Bernhard Steinberger, wissenschaftlicher Aspirant für Wirtschaftswissenschaften bei Prof. Behrens,

und gegen den Autor dieser Expertise, Manfred Hertwig, damals Redaktionssekretär der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, statt. Ich war bereits als Dozent der Humboldt-Universität einige Zeit davor wegen „ideologischer Abweichung“ entlassen worden. In einem zweiten Prozeß vom 23. bis 26. Juli 1957 standen vor dem Obersten Gericht Walter Janka, ehemaliger Leiter des Aufbau-Verlages, Heinz Zöger, Chefredakteur der Wochenzeitung „Der Sonntag“, Gustav Just, Redakteur des „Sonntag“, und Richard Wolf, Mitarbeiter des Ost-Berliner Rundfunks.

Die Anklage lautete in beiden Fällen, eine „staatsfeindliche Gruppe gebildet zu haben mit dem Ziel, die verfassungsmäßige Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu liquidieren.“ („Neues Deutschland“ vom 9. März 1957)

Da in den bereits genannten Publikationen, vor allem von Wolfgang Harich selbst, und sehr ausführlich bei Karl Wilhelm Fricke in „Politik und Justiz in der DDR“ (Köln 1979) diese Vorgänge ausführlich dargestellt sind, gebe ich hier gekürzt und leicht ergänzt meinen Zeitzeugenbericht wieder, wie ihn die Tageszeitung „Die Welt“ nach meiner Flucht in die Bundesrepublik am 22.9.1959 unter der Überschrift „Wie es zu meiner Verhaftung kam“ publiziert hat.

Aus diesem Bericht: Ich war durch meine Arbeit für die ostdeutsche Philosophiezeitschrift, die im wesentlichen von Harich gemacht wurde, und durch meine frühere Dozententätigkeit an der Ost-Berliner Universität mit Harich gut bekannt. Wir hatten beide in der Vergangenheit zu denen gehört, die in einer Reihe von theoretischen und praktischen Fragen nicht mit der Politik der SED übereingestimmt hatten. Wir lagen schon längere Zeit nicht auf der „Linie.“ Im Mai 1956 war Harich mit einer Delegation, zu der Kurt Hager gehörte, durch Polen gereist. Dort hatte er eine sehr aktive, demokratisch orientierte Antistalin-Bewegung kennengelernt. Er kam begeistert nach Berlin zurück und meinte: Die polnischen Freunde sind uns weit voraus, sie sind enttäuscht, daß wir Ulbricht so ungeschoren lassen. (Übrigens war auch Kurt Hager von den Vorgängen in Polen 1956 sehr beeindruckt und mußte auf dem 33. Plenum des ZK der SED im Oktober 1957 unter starkem Druck der Ulbricht-Fraktion Selbstkritik üben.)

Harich sah 1956 vor allem für eine Wiedervereinigung Deutschlands neue Möglichkeiten. (Auf diesen Punkt legt er noch heute großen Wert.) Wir zweifelten damals nicht daran, daß ohne eine Demokratisierung des SED-Regimes die Lösung der nationalen Frage unmöglich ist. Was tun? Opposition gab es überall, auch offene Opposition. Bis zum Herbst 1956 war die Führung der SED in einem ausgesprochenen Zustand der Lähmung. Ulbricht wartete offensichtlich die Ergebnisse der weiteren Machtkämpfe in Moskau ab. Er war selbst unsicher. In den sonst sehr straff angeleiteten Betriebsgruppen der Partei hatte vorübergehend jede Anleitung aufgehört. Ungestraft konnte

man Meinungen äußern, daß die politische Linie Ulbrichts der letzten Jahre verändert werden müsse. Ulbricht hielt sich bis zum Herbst 1956 sehr zurück. Er begnügte sich im allgemeinen mit einer formalen Anerkennung der Stalinkritik und versuchte einige Male, sich von dem Vorwurf, auch bei ihm hätte es Personenkult gegeben, freizumachen, indem er darauf hinwies, daß er regelmäßig das ZK einberufen habe. Aber die zeitweilige Zurückhaltung Ulbrichts bedeutete nicht, daß die freimütigen Diskussionen nicht gewissenhaft vom SSD registriert worden wären.

Eine Frage beherrschte alle rebellierenden Kräfte: Wer könnte Ulbricht ablösen, wer ist eine Art deutscher Gomulka? Manche tippten auf Schirdewan. Er trat jetzt öfters in Reden und Diskussionen hervor, die den Willen und den Versuch zeigten, gewisse Schlußfolgerungen aus dem Moskauer Parteitag für die DDR zu ziehen. Man hielt ihn für klüger, begabter und taktisch wendiger als Ulbricht. Harich war sich über die Rolle Schirdewans damals nicht klar. Wir wollten die vor Jahren abgesetzten Mitglieder des Politbüros Franz Dahlem und Paul Merker als politische Führer der Opposition gewinnen. Große Hoffnung setzten wir auch auf den (1958 von Ulbricht gestürzten) Parteitheoretiker Fred Oelssner.

Inzwischen gingen die freimütigen Diskussionen führungslos weiter und griffen auch auf Teile der DDR-Presse über. Harich entschloß sich im Sommer 1956, die spontanen oppositionellen Auffassungen zusammenzufassen und in eine bewußte Richtung zu lenken. Etwa im Juli schrieb er das erste Mal „Thesen zur Weiterentwicklung des Marxismus“ nieder. Er fand sie noch unvollkommen und sah von ihrer Veröffentlichung ab. Aber seine Ideen begannen Gestalt anzunehmen. Sie gingen in die Richtung einer umfassenden Demokratisierung der politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in der DDR. Dabei hatte sich ein sehr aktiver Kern der Anti-Ulbricht-Opposition im Ost-Berliner Aufbau-Verlag entwickelt. Hier beauftragte ihn die Parteigruppe, seine Reformvorschläge einmal in Form eines Artikels niederzuschreiben. Es war vorgesehen, darüber zu diskutieren und ihn dann als Entschließung der Parteigruppe anzunehmen und an die Monatszeitschrift der SED „Einheit“ mit der Bitte um Veröffentlichung zu senden.

Dazu kam es nicht mehr. Am 7. November 1956 wurde Harich zu einer Aussprache mit Walter Ulbricht eingeladen. Harich erzählte mir: „Ulbricht wollte von mir vor allem Namen von Leuten wissen, die ähnliche Auffassungen wie wir haben. Unter dem Vorwand, gegebenenfalls eine theoretische Konferenz einzuberufen, sollte ich Gleichgesinnte nennen, die man zu einer solchen Aussprache einladen müsse. Ich habe geschwiegen.“ „Unsere Auffassungen“, sagte Harich weiter zu mir, „hat Ulbricht mit dem ungarischen Petöfi-Kreis verglichen und als konterrevolutionär gebrandmarkt. Bei ihm hat sich die irriige Auffassung festgesetzt, daß alle Unruhen im kommunistischen Lager, besonders in Polen und Ungarn, nur das Produkt einiger unklarer opportunistischer

Intellektueller seien.“ Besonders empört zeigte sich Harich über Ulbrichts Ausführungen, daß die Kritik des XX. Parteitages der KPdSU nicht auf die DDR zutreffe, da hier solche Fehler überhaupt nicht gemacht worden seien. Ulbricht rückte überhaupt von der Politik des XX. Parteitags ab, meinte Harich nach diesem Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED.

Harich arbeitete weiter an seinen Reformvorschlägen. Am 22. November traf ich mich mit Bernhard Steinberger in Harichs Wohnung, um über seine Auffassungen zu diskutieren. Dieser Tag verwandelte sich dann in der Anklage und im Urteil in einen Tag der „Verschwörung.“ Das waren Harichs Grundgedanken:

Ablösung derjenigen Mitglieder der Parteiführung und des Staatsapparates, die hauptverantwortlich waren für die konsequente Übertragung des Stalinkurses auf die DDR; Herstellung der innerparteilichen Demokratie; Herstellung der Rechtssicherheit; Auflösung des Staatssicherheitsdienstes; Demokratisierung der Wirtschaft; Auflösung überflüssiger Ministerien; Übergang zu einer allgemeinen Perspektivplanung; Neuorientierung der Mittelstandspolitik; Einstellung der Zwangskollektivierung.

Harich hat seine Gedanken dann in einer „Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ zwischen dem 22. und 25. November niedergeschrieben. Nur Bernhard Steinberger hat sie vier Tage vor unserer Verhaftung von Harich noch bekommen. Sonst hat kein anderer Angeklagter in den zwei Harich-Prozessen diese aufgearbeitete Plattform gekannt. Tatsächlich schätzten wir die Situation am 22. November noch so ein, daß eine legale Opposition gegen Ulbricht möglich wäre, ohne mit dem SSD in Konflikt zu kommen. Erst einige Tage später, nachdem der Stalinist Molotow in Moskau zum Minister für Staatskontrolle aufgestiegen war, revidierten wir unsere diesbezügliche Einschätzung. Aber am 22. November hatte Steinberger, der ja eben erst aus sibirischer Zwangsarbeit heimgekehrt war, darauf aufmerksam gemacht, daß wir doch mit Verfolgung durch den SSD rechnen müßten. Er schlug vor, wenigstens bei Telefongesprächen nicht zu offen über unsere Ideen zu sprechen. Harich und ich waren nicht dieser Meinung, aber um Steinberger nicht zu verärgern, erklärten wir uns einverstanden. Diese Vorsichtsmaßnahme wurde dann in der Anklage und im Urteil als eine hohe Stufe der Konspiration dargestellt. Melsheimer schrie in den Gerichtssaal: „Diese Vorschläge Steinbergers, die von Harich und Hertwig angenommen wurden, zeigen eindeutig, daß sich die Angeklagten einer hohen Stufe der Konspiration bedienen, um die Regierung der DDR zu stürzen. Die Angeklagten sind eindeutig Verschwörer!“

Eine Woche nach diesem 22. November, als die Intensität der Anti-Ulbricht-Bewegung immer stärker geworden war, wandte Ulbricht das in allen Diktaturen bewährte Mittel der Abschreckung an und ließ Harich, mich und andere gleichgesinnte Freunde verhaften. Aber warum waren gerade

wir die Opfer? Wurden doch unsere Auffassungen auch im Politbüro von Schirdewan, Oelssner, Selbmann, Wollweber und anderen vertreten. Das lag an den damaligen Machtkämpfen in Moskau. Ulbricht wagte sich im Herbst 1956 an die Mitglieder des Politbüros noch nicht heran, er soll damals nicht einmal die Mehrheit in diesem Gremium gehabt haben. Erst Monate später wurde die sogenannte „Schirdewan-Gruppe“ gestürzt.

Über unseren Prozeßablauf gibt es nichts Spannendes zu berichten. Alle politischen Prozesse in Ulbrichts Diktatur liefen ohne Sensation ab. Die Schuld der Angeklagten liegt von vornherein fest, alles andere ist Theater. Durch ein dichtes Polizeispalier wurden wir in den Gerichtssaal geführt. Als ich mir die Zuschauer betrachtete, bemerkte ich sofort: die Öffentlichkeit fehlt. Auch unsere Angehörigen durften nicht teilnehmen. Ich sah alle SSD-Funktionäre im Zuschauerraum wieder, mit denen ich in der Untersuchungshaft in Berührung gekommen war, sogar den Friseur. Außer den SSD-Funktionären waren nur einige Vertreter kommunistischer Zeitungen sowie einige abgesandte Parteifunktionäre anwesend. Lediglich drei Prominente fielen mir auf: die Schauspielerin Helene Weigel, die Schriftstellerin Anna Seghers und der Schriftsteller Willi Bredel. Ihre Anwesenheit war kein Zufall. Sie sollten unsere „Staatsgefährlichkeit“ erkennen, denn gerade zur Abschreckung der revoltierenden Intellektuellen war dieser Prozeß gedacht.

Bemerkenswert ist noch, daß der SSD nach meiner Haft dem Staatsfeind wieder großes Vertrauen entgegenbrachte, mir eine gute Stellung versprach und von mir erwartete, daß ich für ihn tätig werden würde. Da es damals noch keine Mauer gab, konnte ich mit meiner Familie in die Bundesrepublik flüchten. Unter der Überschrift „Als ich aus dem Zuchthaus kam“ habe ich in der Tageszeitung „Die Welt“ am 19.9.1959 darüber ausführlich berichtet.

Noch eine Bemerkung zu Harichs Plattform: Sie wurde bei der Verhaftung von Harich und Steinberger natürlich gefunden und beschlagnahmt. Sie ruhte dann in Ulbrichts Geheimnachlaß, wo sie nach Angaben von Harich von dem Historiker Jochen Czerny im Herbst 1990 gefunden wurde. Harich hat sie dann in seinem Buch „Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ (Berlin 1993) in voller Länge veröffentlicht. Sie ist über 50 Druckseiten lang und kann hier nicht ausführlich wiedergegeben werden. Aber die Tendenz und Absicht Harichs kommt im Teil B unter Punkt 2 so deutlich zum Ausdruck, daß dieser kurze Teil hier zitiert werden soll. Harich schrieb damals:

„Alle Maßnahmen, die es bei der konsequenten sozialistischen Demokratisierung in der DDR zu treffen gilt, sowie alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR erforderlich sind, müssen von der SED unter dem Gesichtspunkt ausgearbeitet und durchgeführt werden, daß die DDR kein beliebiger Teil des sozialistischen Lagers ist, sondern die ausschließliche Aufgabe hat, Bollwerk der deutschen Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage und

für die sozialistische Umgestaltung ganz Deutschlands zu sein. Das bedeutet, daß weder von einer Vollendung des Sozialismus im Rahmen des deutschen Teilstaats, den die DDR heute darstellt, noch von einer Unterordnung der Wirtschaft der DDR unter die Gesamtinteressen des sozialistischen Lagers die Rede sein kann. Worauf es ankommt, ist, daß diejenigen grundlegenden demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der DDR, für die sich, wenn sie vorbildhaft gestaltet werden, die antiimperialistischen Kräfte in dem anderen deutschen Teilstaat, der Bundesrepublik, gewinnen ließen, gefestigt und ausgebaut werden müssen mit dem Ziel, die nach grundlegenden ökonomischen, sozialen und politischen Reformen drängende fortschrittliche Bewegung in der Bundesrepublik voranzutreiben, daß aber gleichzeitig aus dem gesellschaftlichen Leben der DDR alles beseitigt werden muß, was von den Massen in Westdeutschland nicht verstanden werden kann und also die fortschrittlichen Menschen in Westdeutschland in die Isolierung treiben und die Massenbasis der imperialistischen Reaktion stärken muß.“ (S. 138/139)

Es muß noch angemerkt werden, daß alle vor der Wende publizierten „Harich-Programme“ nach mündlichen Äußerungen Harichs aufgezeichnet wurden, so beispielsweise die des früheren Ostbüros der SPD. Sie geben aber im allgemeinen Harichs Konzeption in den wesentlichen Punkten richtig wieder.

Die politischen Schauprozesse gegen Harich und Janka waren nur der Auftakt für weitere politische Prozesse, so unter anderem in Potsdam, Gera und Halle. Am Institut für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität wurden ein Jahr nach dem Harich-Prozeß dessen Direktor Klaus Sternberg, die Dozenten Heinrich Saar und Herbert Crüger sowie die Oberassistenten Erwin Gülzow und Guido Lauer (alle Mitglieder der SED) verhaftet und zu Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren verurteilt. Ähnlich wie Harich und seine Anhänger wurden die Angeklagten der konspirativen Tätigkeit beschuldigt. In ihrem Programm hatten sie neben der Absetzung Ulbrichts die Neubildung von Politbüro und Zentralkomitee und eine Parlamentarisierung der DDR gefordert. Außerdem warf man ihnen die Vervielfältigung und heimliche Verbreitung verbotener Literatur u. a. von Rosa Luxemburg und Leo Trotzki vor.

Im September 1957 wurde der wissenschaftliche Assistent Günther Zehm von der Universität in Jena durch das Bezirksgericht in Gera zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er, wie Harich, grundsätzliche Veränderungen der Verhältnisse in der DDR gefordert habe. Er berichtet darüber in der von Horst Krüger herausgegebenen Dokumentation „Das Ende einer Utopie“ (Olten 1963) auf den Seiten 46/47:

„Es bedarf keiner Phantasie, um zu erraten, daß Blochs Schüler das Schicksal aller anderen jungen Oppositionellen in der Zone teilten und in den Zuchthäusern verschwanden, sofern es ihnen nicht gelang, vorher nach Westdeutschland

zu entkommen. Ich war noch viel zu loyal, machte mir noch viel zu viele Illusionen über die Rechtsstaatlichkeit der DDR, um den Weg nach Westdeutschland zu wählen. Als ich eines Tages, es war einige Zeit nach der Verhaftung Wolfgang Harichs, vom SSD abgeholt wurde, hielt ich die Bullen, die sich neben mir links und rechts ins Auto preßten und ein Kissen über meine Hände warfen, damit niemand von den Straßenpassanten sehen konnte, daß sie gefesselt waren, in einer bestimmten Hinsicht immer noch für Verbündete. Die Wochen vorher war ich aus der Partei ausgeschlossen worden, hatte die Universität verlassen müssen, alle Möglichkeiten bürgerlicher Existenz waren mir genommen worden, so daß ich als 'Neger' für einen Schriftsteller arbeiten mußte – all diese Unbill hatte mir noch nicht hinreichend die Augen geöffnet. Erst im Zuchthaus wurde der Kommunismus buchstäblich aus mir herausgeprügelt. Ich wollte mit den Vernehmungskommissaren debattieren, und sie antworteten mit der Faust. Was für eine Lehre wurde mir da zuteil! Die Regime könnt ihr daran erkennen, wie sie ihre politischen Gegner behandeln, die Zuchthäuser sind Visitenkarten eines Landes. Mir gingen nun die Augen auf über die wirkliche Qualität der Deutschen Demokratischen Republik! Wieviel lernte ich in den folgenden Jahren, beaufsichtigt und bespitzelt von Mördern und Totschlägern, welche man als Vorarbeiter und Brigadiers eingesetzt hatte, bewacht von drohenden Maschinenpistolen und lefzenden Mordhunden, mit keiner anderen Lektüre die ganze Zeit über als dem 'Neuen Deutschland', dem journalistischen Zentralorgan der SED!“

Im Dezember 1958 sprach der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Halle in einem politischen Geheimprozeß Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren aus. Angeklagt waren der Slawist Ralf Schröder und der Schriftsteller Erich Loest aus Leipzig sowie die Sprachwissenschaftler Harro Lucht, Ronald Lötzsch und Harry Schmidtke aus Halle. Auch in diesem Fall lautete die Anklage „Staatsverräterische Handlungen.“ Zitat: „Die Beschuldigten haben konterrevolutionäre, staatsfeindliche Gruppen in Leipzig und Halle mit dem Ziel gebildet, die Regierung der DDR zu beseitigen, die verfassungsmäßige Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR zu untergraben und die bestehende Wirtschaftsplanung aufzuheben. Zur Durchsetzung dieser Ziele hielten sie Verbindung zu dem damaligen konterrevolutionären Zentrum Harich-Janka. Sie verbreiteten ihre staatsfeindliche Konzeption durch individuelle Gespräche, durch Vorträge auf literarischen Veranstaltungen oder anläßlich Vorlesungen in den Universitäten in Leipzig und Halle, um den Boden für einen Umsturz vorzubereiten.“ (zit. nach Fricke, „Politik und Justiz in der DDR“, a.a.O., S. 369)

Der ehemalige Chefredakteur des „Sonntag“, Heinz Zöger, der zusammen mit Walter Janka verurteilt wurde, schätzte die Hintergründe der damaligen politischen Prozesse, die mit der Verurteilung Harichs begannen, 1960 so ein:

„Die Prozesse waren eine Vorbereitung für die spätere Auseinandersetzung Ulbrichts mit seinen Gegnern im Zentralkomitee, vor allem der sogenannten Schirdewan-Gruppe. „Darüber hinaus enthielten sie eine Absage Ulbrichts an die politische Konzeption bestimmter Kreise in den Führungsgremien der Sowjetunion, die nach dem Tode Stalins eine Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik anstrebten. Den Angeklagten der Prozesse wurde deutlich, daß Ulbricht mit ihrer Verurteilung außerdem auch die Absicht verband, dem Kreml angesichts der zentrifugalen Tendenzen, die 1956/57 im Sowjetimperium, insbesondere in Polen und Ungarn, sichtbar wurden, seine unbedingte Vasallentreue zu beweisen. Diese Beweggründe waren für den SED-Chef zweifellos noch wichtiger als die Abschreckung, die mit den Prozessen auf die antistalinistische Opposition hervorgerufen werden sollte.“ (SBZ-Archiv, Köln, Nr. 13/1960, S. 198 f.)

Zu erwähnen bleibt ferner der nach den politischen Prozessen erfolgte Sturz führender SED-Funktionäre, der sogenannten Schirdewan-Gruppe. Vom 3. bis 6. Februar 1958 fand das 35. Plenum des Zentralkomitees der SED statt. Einen Tag später stand im „Neuen Deutschland“ zu lesen: Das Plenum mußte sich mit der Tätigkeit einer opportunistischen Gruppe in der Partei beschäftigen, die versucht hatte, die Politik der Partei zu ändern. Die führenden Köpfe dieser „opportunistischen Gruppe“ waren der SED-Kaderchef Schirdewan, der ehemalige SSD-Chef Ernst Wollweber (der Vorgänger von Erich Mielke) und der damalige Cheftheoretiker der Einheitspartei, Fred Oelssner. Sie wurden aus dem Politbüro bzw. dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Dazu gehörten noch der ZK-Sekretär Gerhart Ziller, der schon im Dezember 1957 Selbstmord begangen hatte, und Fritz Selbmann, der seine führende Funktion im Wirtschaftsapparat der DDR verlor.

Ulbricht warf Schirdewan vor, dieser habe behauptet, daß die Massen nicht mehr hinter der Partei stünden und es ohne Änderung in der Politik der SED niemals zur deutschen Wiedervereinigung kommen würde. Besonders Schirdewan habe eine Politik befürwortet, wie sie in Polen durchgeführt werde, weil das nach seiner Meinung der einzige Weg sei, die Bevölkerung für die Partei zu gewinnen und mit der Bundesrepublik über die Wiedervereinigung Deutschlands ins Gespräch zu kommen. Ulbricht unterstellte Schirdewan in diesem Zusammenhang, die Einheit Deutschlands um jeden Preis anzustreben. Ottomar Harbauer hat im Februar 1990 für die „Berliner Zeitung“ mit Karl Schirdewan ein Gespräch über die damalige Situation geführt. Dabei sagte Schirdewan unter anderem: „Es war für mich damals klar – das galt schon vor dem XX. Parteitag der KPdSU, aber erst recht danach –, daß die Partei, die sich ja die absolute Führung in der Gesellschaft angemaßt hatte, einen Kurs steuerte, der sie immer mehr vom Volk entfernen würde und der den Realitäten immer weniger entsprach. Offiziell wurde natürlich das Gegenteil behauptet ... Ich war gegen das erpresserische Vorgehen gegenüber den Mittelschichten,

gegen die Beschneidung der Selbständigkeit der Gewebetreibenden und gegen bestimmte Kollektivierungsmethoden in der Landwirtschaft, kurz, gegen diesen undemokratischen Weg der Sozialismusentwicklung. Dabei spielte die Frage des Tempos auch eine Rolle... Die Spannungen in der Gesellschaft waren doch unübersehbar ... Das Ergebnis war, daß uns damals schon die Leute wegliefen, dabei hatten wir 1947 noch 19,1 Million Einwohner auf dem Gebiet der DDR.“

Auf den damaligen Konföderationsgedanken angesprochen, sagte Schirdewan: „Ja, es hatte sogar nach 1953 Überlegungen gegeben, eine linksliberale Regierung für ganz Deutschland anzustreben, hervorgegangen aus freien Wahlen. Nun, im Hinblick auf den Konföderationsvorschlag fand ich, wir sollten in der DDR einen gemäßigteren Kurs steuern. Wie denn sonst sollte eine Konföderation – wenn der Vorschlag drüben ernst genommen werden sollte – zustande kommen?“ (Berliner Zeitung vom 10./11.2.1990)

Die hier nur zum Teil angeführten und ausgewählten Beispiele ändern nichts an der Tatsache, daß mindestens ebensoviele Intellektuelle in der früheren DDR dem SED-Regime bis zuletzt treu ergeben waren oder aus Furcht vor Repressalien nicht gewagt haben, kritische Auffassungen offen anzusprechen. Insofern haben die Strafmaßnahmen gegenüber Vertretern der Opposition ihre stabilisierende Wirkung auf die DDR, jedenfalls über lange Zeit, nicht verfehlt.

#### 4. *Ausgewählte Literaturhinweise*

Arnulf Baring, „Der 17. Juni 1957“, Köln 1965.

Heinz Brandt, „Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West“, München 1967.

Crusius/Wilke (Hrsg.), „Entstalinisierung – Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen“, mit Beiträgen u. a. von Robert Havemann, Hermann Weber, Heinz Brandt, Ernst Bloch, Hans Mayer, Manfred Hertwig, Frankfurt/Main 1977.

Karl Wilhelm Fricke, „Opposition und Widerstand in der DDR“, Köln 1984.

Karl Wilhelm Fricke, „Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968“, Köln 1979.

Karl Wilhelm Fricke, „MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit“, Köln 1991.

Erich Gniffke, „Jahre mit Ulbricht“, Köln 1966.

Wolfgang Harich, „Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit“, Berlin 1993 (enthält die „Plattform...“ vom November 1956).

Robert Havemann, „Dialektik ohne Dogma?“, Hamburg 1964.

Manfred Hertwig, „Als ich aus dem Zuchthaus kam“, „Wie es zu meiner Verhaftung kam“, rhaftung kam“, „Die Intellektuellen haben es schwer unter Ulbricht“, in: „Die Welt“ vom 19., 22. und 26.9. 1959.

Manfred Hertwig, „Das Ende einer Utopie“, erschienen in dem von Horst Krüger unter dem gleichen Titel herausgegebenen Sammelband, Olten und Freiburg 1963.

Hertwig/Ness, „Diskussionen und Dialektik“, München 1965.

- Martin Jänicke, „Der Dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953“, Köln 1964.
- Horst Krüger (Hrsg.), „Das Ende einer Utopie“, mit Beiträgen von Günter Zehm, Manfred Hertwig, Leo Bauer, Ralph Giordano, Hermann Weber, Josef Scholmer, Alfred Kantorowicz, Gerhard Zwerenz, Michael Miller und Carola Stern, Olten und Freiburg 1963.
- Wolfgang Leonhard, „Die Revolution entläßt ihre Kinder“, Köln 1955.
- Jürgen Rühle, „Literatur und Revolution – Die Schriftsteller und der Kommunismus“, Köln 1960.
- Carola Stern, „Ulbricht – Eine politische Biographie“, Köln 1964.
- Hermann Weber, „Von der SBZ zur DDR“, Hannover 1960.
- Hermann Weber, „DDR – Grundriß der Geschichte 1945–1976“, Hannover 1976.
- Hermann Weber, „Weiße Flecken in der Geschichte. Die KPD-Opfer der stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung“, Berlin 1990.
- Zahlreiche Beiträge zum Thema dieser Expertise finden sich unter anderem auch in folgenden Zeitschriften: „SBZ-Archiv“, „Ost-Probleme“, „Deutschland Archiv“, „Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament“, „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“, „Sinn und Form“, „Neue Deutsche Literatur“ (die drei zuletzt genannten Zeitschriften erschienen in Ost-Berlin).

## 5. Zusammenfassung

Es gab nach der Ausschaltung der sogenannten bürgerlichen Opposition in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche und unterschiedliche oppositionelle Kräfte in den fünfziger Jahren, vor allem innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei, die sich gegen die offizielle Linie der SED/DDR-Politik richteten. Infolge des damaligen Ost-West-Gegensatzes, des Kalten Krieges, sind sie in der alten Bundesrepublik nur am Rande zur Kenntnis genommen worden. Man kann ihre Auffassungen und Ziele im wesentlichen in drei Punkten zusammenfassen:

1. Sie streben die Entmachtung der sogenannten Stalinisten um den damals einflußreichsten SED-Führer, Walter Ulbricht, an. Das zielte in erster Linie auf die Beendigung der Übertragung des Sowjetsystems auf die DDR. Schon bei der Verschmelzung von SPD und KPD 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone gab es auch innerhalb der KPD national orientierte Kräfte, beispielsweise den ersten Chefadeologen der KPD, Anton Ackermann, der einen „deutschen Weg zum Sozialismus“ vertrat. Diese Kräfte, zu denen 1953 auch SED-Führer wie Rudolf Herrnstadt und 1956 Karl Schirdewan gehörten, wurden zu verschiedenen Zeiten von Ulbricht entmachtet, sicher nicht gegen den Willen Moskaus.
2. Es gab sowohl 1953 und in stärkerem Umfang 1956/57 beachtliche Strömungen unter zahlreichen Intellektuellen der SED/DDR, die Aktivitäten entwickelten, um die DDR-Politik in Richtung eines sozialistisch verstandenen Demokratisierungsprozesses zu lenken. Sie können unter Begriffe eingeordnet werden wie „demokratischer Sozialismus“, „Sozialdemokratismus“, „Linke SPD“ oder auch „Dritter Weg.“ Anhänger von Auffassungen, man müsse zwischen den politischen Wegen und Zielen der DDR und der damaligen Bundesrepublik Deutschland einen dritten Weg suchen, sind

übrigens in beiden deutschen Teilen bekämpft worden. Nur erfolgte die Auseinandersetzung in der DDR nicht mit politischen und rechtsstaatlichen Methoden.

3. Ein beachtlicher Teil der Reformkräfte in der frühen DDR (im Gegensatz zu 1989) war in der einen oder anderen Form Verfechter einer Wiedervereinigungspolitik (Harich-Gruppe, Schirdewan u. a.). Sie versuchte neue Wege dafür aufzuzeigen bzw. zu öffnen oder zumindest noch vorhandene Möglichkeiten nicht weiter zu verbauen. Sie fürchteten, die Spaltung Deutschlands könne zu einem neuen Krieg führen. Deshalb vertraten sie damals überwiegend die Zielsetzung, ein wiedervereinigtes Deutschland aus dem Kalten Krieg der feindlichen Blöcke herauszulösen und in einen neutralen Status zu führen. In der Auffassung dieser Kräfte gab es Parallelen zum Deutschlandplan der westdeutschen SPD 1959.

Der Arbeiteraufstand im Juni 1953 war für viele DDR-Wissenschaftler, Kulturschaffende, Publizisten, Journalisten und in Einzelfällen auch für Parteifunktionäre (Heinz Brandt) und Gewerkschaftler der Auslöser oder Anstoß zu oppositionellem Denken und widerständigem Verhalten. Dabei gab es zwischen 1953 und 1956/57 eine Weiterentwicklung. 1953 ging es für die Intellektuellen noch in erster Linie um mehr geistige Freiheit und Unabhängigkeit für ihre eigene Arbeit, während 1956 schon grundlegende Reformen für die gesamte DDR-Politik gefordert wurden, wie in der Plattform von Wolfgang Harich. In einigen Fällen reichten die Reformkräfte bis ins Politbüro der Einheitspartei hinein. Sie wurden alle mit brutalen Methoden unterdrückt und verfolgt. Dazu gehörten u. a. Berufsverbote, Verhaftungen und Schauprozesse. Opposition und Widerstand in der DDR waren politische Erscheinungen, die sich ständig entwickelten und veränderten, weil sich die historischen und politischen Voraussetzungen wandelten. Der Widerstand im Machtbereich der SED kann daher jeweils nur aus seinem historischen Umfeld und der jeweils konkreten Situation verstanden werden.

Es soll noch angemerkt werden, daß es in der DDR niemals eine so enge Verbindung zwischen oppositionellen Intellektuellen und unzufriedenen Volksmassen gegeben hat wie beispielsweise 1956 in Polen und Ungarn und 1968 in der ehemaligen Tschechoslowakei. Auch die Vertretung nationaler Interessen war in der DDR-Opposition schwächer als in anderen Ostblockstaaten. Am stärksten fand die nationale Opposition 1956 ihren Ausdruck in der von Wolfgang Harich ausgearbeiteten Plattform, wenn auch unter den damaligen historischen Bedingungen und mit der sozialistischen Einstellung Harichs. 1989 lag der Schwerpunkt der Opposition dagegen, zumindest bei den meisten intellektuellen Vertretern, hauptsächlich auf der inneren Demokratisierung der DDR bei Aufrechterhaltung der deutschen

---

Teilung. Das gilt freilich für viele westdeutsche, meist linksorientierte Intellektuelle auch.